De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Ausgabe 5/2012 — www.dkp-koeln.de

Protest vor dem Rathaus

Ein Jahr vor der letzten Kommunalwahl hatten SPD, Grünen und Linken im Stadtrat beschlossen, den Kindern, deren Eltern den Köln-Pass haben, bei der Einschulung einen einmaligen Zuschuss von 160 Euro für die Anschaffung von Schulmaterialien zu gewähren. Ein volles Drittel aller Kinder, die eingeschult werden, ist arm und muß davon Gebrauch machen. Der Betrag ist aber zwischenzeitlich auf 100 Euro gekürzt worden. Jetzt soll er ganz verschwinden. Einsparvolumen: 160.000 Euro.

Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren sollen 1,1 Millionen Euro einsparen. Jährlich. Die Stadt sagt: „Folge könnte sein, dass die Vielfalt der Angebote in den Bürgerhäusern eingeschränkt werden muss und man sich dort auf bestimmte Zielgruppen konzentriert." Auf das Geld sind die Bürgerhäuser und Bürgerzentren aber angewiesen, allein schon, um Geld aus anderen Quellen beantragen zu können - von Stiftungen, aus Landesmitteln und von privaten Spendern. Ohne die städtische Basisfinanzierung fehlen diese Gelder. Das ist verheerend!

Weitere Kürzungen gibt es bei der Förderung von freien Trägern der Wohlfahrtspflege: Einsparvolumen: 1,2 Millionen Euro. Die psychosoziale Beratung von Erwerbslosen soll um 1,3 Mio Euro gekürzt werden. Reduzierung bei der Interkulturellen Arbeit: Einsparvolumen: 855.000 Euro. Reduzierung der Förderung der Seniorenarbeit. Einsparvolumen: 490.000 Euro. Reduzierung der Reinigungsstandards und des Winterdienstes: 1.500.000 Euro.

Parkautomaten bringen der Stadt 15 Millionen Euro im Jahr. Sie werden gerade umgerüstet. Die Parkgebühren steigen um 50 Prozent. Eine Stunde Parken kostet 3 Euro statt 2 Euro. Allein an Knöllchen will die Stadt 3,5 Millionen mehr einnehmen...

Und so weiter, und so weiter. Insgesamt kommen aus diesen Einzelpositionen gerade mal 50 Mio Kürzungen zusammen, geplant sind aber doppelt so viel.

Aber: Allein Ford erhält 116 Millionen Euro an Steuern von der Stadt zurück, dazu noch 20 Mio an Zinsen.

Täglich zahlt die Statt mehr als 700 000 Euro Zinsen, im Jahr sind es 250 Mio Euro. Wer bekommt das Geld? Die Banken.

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Das Stadtarchiv, die Baukonzerne und die Affäre Lafaire, S. 2
- Pulverfass Syrien, S.6
- Schwerpunkt: Bildung, S. 4-5

DKP www.KOMMUNISTEN.de

Einnahmen aus den Gewerbesteuern sind von 1,1 Milliarden auf 890 Mio gesunken. Wer spart das Geld? Die großen Unternehmen. Überhaupt sinken die staatlichen Einnahmen aus den Steuern auf große Vermögen und Einkommen, während der Anteil aus Lohnsteuern stetig steigt.
2010 gab es in Deutschland 830.000 Euro-Millionäre. Das sind ziemlich genau 1% der Bevölkerung. Sie besitzen 44% des gesamten Geldschatzes in Deutschland. Die Geldvermögen haben sich von 1990 bis 2010 auf über 4.800 Milliarden verdreifacht. Hier ist das Geld und hier ist es zu holen!
Eine Vermögenssteuer, wie sie der DGB fordert, ist lange fällig.
Am 18. Dezember will der Stadtrat seine Kürzungsbeschlüsse fassen. Um 13.00 Uhr beginnt eine Protestkundgebung vor dem Rathaus. ***Wir sind dabei!***

Das Stadtarchiv, die Baukonzerne und die Affäre Lafaire

Am 3. März 2009 stürzte das Stadtarchiv ein. Es fiel in die U-Bahnbaustelle des Waidmarktes. Dabei starben 2 Menschen.
Was ist in den vergangenen dreieinhalb Jahren geschehen? Die Arbeiten an der Einsturzstelle haben 30 Millionen Euro verschlungen. Jetzt erst, im Dezember 2012, wird mit dem Bau eines aufwendigen Besichtigungsbauwerkes begonnen, mit dem die Ursachen für den Archiveinsturz ergründet werden sollen. Die Arbeiten können sich bis 2014 hinziehen. Bis dahin laufen Verjährungsfristen ab.
Es scheint, daß die verantwortlichen Baukonzerne geschont werden sollen. Der Kreisvorstand der Kölner DKP hatte schon eine Woche nach dem Einsturz, am 10. März 2009, erklärt: „Von den Bauarbeitern, die durch ihre Umsicht kurz vor dem Einsturz des Stadtarchivs am vergangenen Dienstag viele Menschen vor dem Tod bewahrt haben, hört man gar nichts. Das ist bemerkenswert. Die Gründe dafür sind aber leicht zu erraten. Von ihren Unternehmen werden sie offenbar zum Schweigen angehalten. Denn die sind daran interessiert, die rechtlichen Konsequenzen, vor allem aber ihre Regresspflichten niedrig zu halten. Auch über die Unternehmen, die am Bau der U-Bahn beteiligt sind, werden auffällig wenig Worte gemacht. Es handelt sich beim Los Süd um eine Arbeitsgemeinschaft, die aus Bilfinger Berger, Weyss & Freytag sowie Züblin besteht.“
Offenbar hätten die beteiligten Firmen an technischen Vorkehrungen und Sicherungsmaßnahmen gespart. Die Schlitzwände seien nicht tief genug gewesen, von einer Vereisung des Grundwassers in dem Bereich sei abgesehen worden, teilten wir damals mit.
Jetzt, im Oktober, wiederholte die Kreismitgliederversammlung der Kölner DKP die Forderung: Die Baukonzerne und ihre Manager müssen endlich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden und für den Schaden aufkommen. Die Verfahren müssen beschleunigt werden. Eine Verjährung muß verhindert werden.
Merkwürdig mutet vor diesem Hintergrund das Treiben der Stiftung Stadtgedächtnis an, deren Zweck das Sammeln von Spenden für das Stadtarchiv ist. In dem Kuratorium der Stiftung sitzen Hannelore Kraft, Kardinal Joachim Meisner und OB Jürgen Roters. Der Stiftungschef Dr. Stefan Lafaire hat die Spendeneinnahmen der vergangenen neun Monate im Sommer auf rund 35 000 Euro beziffert. Die Ausgaben der Stiftung dagegen summieren sich in diesem Jahr nach Informationen der Kölnischen Rundschau (30.11.2012) auf fast 500 000 Euro.
So hoch ist das Gehalt des Vorsitzenden der Stiftung, Dr. Lafaire.

Bei Ford wird gekämpft!

Ford beschäftigt noch 17400 Arbeiter in Köln, entläßt schon 10 000 Arbeiter in Genk. Genk ist eine kleine Stadt von 65 000 Einwohnern. Aber es hat eine große Autofabrik, Ford ließ bis zum 24. Oktober hier die Modelle Mondeo, S-Max und Galaxy herstellen. An diesem Tag wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß ihr Werk geschlossen wird, 4500 Fordarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz, dazu kommen etwa 5000 Mitarbeiter von Zulieferbetrieben. Das Versprechen des Vorstandsvorsitzenden von Ford Europa, Stephen Odell, der Standort Genk stehe nicht zur Disposition, ist gerade mal fünf Wochen alt. Nun aber will Ford die Produktion der Modelle Mondeo, S-Max und Galaxy nach Valencia in Spanien verlagern, um jährlich eine halbe Milliarde Dollar mehr Gewinn zu machen. Da reichen die 44 Millionen Euro an Subventionen, die von der belgischen Regierung kommen, nicht heran. Noch vor zwei Jahren verzichteten die Arbeiter in Genk auf 12 % des Lohns, um das Werk zu erhalten. Folge: die Zentrale in Dearborn/Detroit konnte im Jahre 2011 acht Milliarden Dollar Gewinn verbuchen. Seit dem Schließungsbeschluß verläßt kein Auto das Werk, keine Fertigungsteile, keine Maschinen. Worum geht es jetzt? Angesichts der Krise sinken die Verkaufszahlen von Autos. Wenn jetzt nicht ein Werk nach dem anderen geschlossen und in andere Länder ausgelagert werden soll, müssen die Fordarbeiter zusammenhalten, dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Es geht um Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich in der gesamten Autoindustrie.

Unterstützung für die Aktionen der Arbeiter am 14. November

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die Kommunistische Partei Luxemburgs (KPL), die Neue Kommunistische Partei der Niederlande (NCPN) und die Partei der Arbeit Belgiens (PTB) erklären ihre volle Unterstützung für die Streiks und anderen Massenaktionen der Arbeiterklasse am Mittwoch, dem 14. November.

An diesem Tag werden Gewerkschaften in mehreren europäischen Ländern Aktionen für Arbeitsplätze, für die Solidarität und gegen die Sparpolitik organisieren. In Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern und möglicherweise in weiteren Ländern werden die Aktionen die Form des Generalstreiks haben - die Waffe der Arbeiterklasse in ihrer Auseinandersetzung mit dem Großkapital.

Diese Aktionen sind eine Antwort auf die verschärften Austeritätsmaßnahmen, die vom Europa der Konzerne, der Europäischen Union und ihrer Institutionen, sowie von den Regierungen verschiedener europäischer Länder gegen die Arbeiter und die Bevölkerung durchgedrückt werden, als neuer Versuch, die Letzteren für die Überproduktions- und Überakkumulationskrise bezahlen zu lassen, die durch das Streben der Kapitalisten nach Maximalprofit verursacht wurde. Die Menschen wollen, dass die Banker, die Spekulanten und die Inhaber großer Aktienpakete für ihre Krise bezahlen, und nicht die arbeitenden Menschen.

Mit der Hilfe ihrer Gewerkschaften sowie der kommunistischen und Arbeiterparteien verstehen immer mehr Arbeiter, dass sich ohne sie keine Räder drehen und keine Waren produziert werden. In immer stärkerem Maße fordern sie, dass der Wohlstand, den sie produzieren, ihnen zugute kommt und dass eine Gesellschaft geschaffen wird, in der die Menschen wichtiger sind als der Profit.

(KPL/DKP/NCPN/PTB)

Schwerpunkt: Bildung

SchülerInnen diskutieren über das Gymnasium

Auf der 106. Landesdelegiertenkonferenz der LandesschülerInnenvertretung NRW in Bonn(LSV NRW), vom 26. bis zum 28. Oktober haben die delegierten Schüler vieler Städte und Bezirke NRWs über die Schulreform des Landes NRW diskutiert und einen Aktionsplan gegen die Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium auf acht Jahre (G8) entwickelt.

Im Verlauf des Schuljahres 2012/13 soll durch die Kampagne „Gute Nacht G8!“ auf die, aus Sicht der LSV NRW, falsche schulpolitische Zielsetzung der Landesregierung aufmerksam gemacht werden, mit der Aussicht auf die möglichst baldige Abschaffung der Schulzeitverkürzung G8. Durch die Einführung des Ausbildungsganges G8 am Gymnasium würde der Leistungsdruck für den größten Teil der SchülerInnen in unerträglicher Weise erhöht. Viele SchülerInnen haben keine Zeit mehr für außerschulische Aktivitäten, z.B. in den Bereichen Politik und Soziales. Die persönliche Entwicklung der SchülerInnen und die Kulturelle Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens sind dadurch in erheblichem Umfang gefährdet.

Die LSV NRW weist darauf hin, dass das aber nicht nur ein gymnasiales Problem ist. Auch die Durchlässigkeit des ohnehin auf soziale Selektion ausgelegten mehrgliedrigen Schulsystems würde erneut eingeschränkt, was damit allen Forderungen nach einem sozial gerechten Bildungssystem widerspricht.
Auch das Konzept der Landesregierung, das neunjährige Gymnasium als Modellversuch zu erlauben und die Sekundarschule würden keine Lösung des gekennzeichneten Problems darstellen.

Unterstützung erhält die LSV NRW in der Kampagne „Gute Nacht G8!“durch verschiedene Organisationen und Elternverbände im Rahmen eines Bündnisses. Gemeinschaftlich hoffen sie, dass ihre Aktivitäten zu einem Umdenken in der Bildungspolitik des Landes NRW führen, hin zu einem einheitlichen, sozial gerechten Bildungssystem.

Neben der Arbeit in vielen sowohl inhaltlichen, als auch methodischen Workshops und angeregten Diskussionen wählten die Landesdelegierten auf der Konferenz am vergangenen Wochenende in Bonn Tatjana Westhoff aus der BezirksschülerInnenvertretung Essen zum Vorstandsmitglied für den Vorstand der LSV NRW.

Die LSV NRW ist die im Schulgesetz verankerte Vertretung der SchülerInnen des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie nimmt gegenüber dem Landtag und der Landesregierung die Interessen der Schülerinnen und Schüler wahr und ist an der Weiterentwicklung und Verbesserung des Schulwesens beteiligt; darüber hinaus unterstützt sie das politische und soziale Engagement von SchülerInnen.

(Pressemitteilung der LandesschülerInnenvertretung NRW)

„Für eine gesellschaftlich verantwortliche Hochschule und ein erfreuliches Studium“

So lautet die Überschrift der Resolution, die die Vollversammlung der Studierenden an der Universität zu Köln Mitte Oktober verabschiedeten.
Auch lange nach den großen Bildungsstreiks wird wieder zu einer Vollversammlung eingeladen und wieder ist die Aula 1 des Hauptgebäudes voller Studenten, die mehr von ihrem Studium erwarten als Kürzungen an allen Ecken, die Jagd nach „Credit Points“, völlige Überarbeitung schon in den frühen Semestern und abgeschmackte Lehrpläne. Zu Recht!
Was sie stattdessen fordern sind Dinge, die selbstverständlich sein sollten für eine „Elite“-Universität: Den Stopp von Zwangsexmatrikulationen, die Selbstverpflichtung der Universität auf zivile Zwecke (keine Forschung für das Militär), Erhaltung und Ausbau der Fächervielfalt und der zahlreichen seminarspezifischen Bibliotheken, die aufgrund von Einsparungen immer weiter weg gekürzt werden sollen. Wieder auf der Forderungsliste, da leider immer noch aktuell: Eine prinzipielle Revision der studenten- und dozentenfeindlichen Bachelor- und Masterstudiengänge und die Beteiligung der Hochschulmitglieder an derselbigen.
Alles in allem: Mehr Demokratie, bitte!

Bildung oder Prävention?

Kommentar von Klaus Stein, Vorsitzender der DKP Köln

Für Hannelore Kraft ist Bildung „ein zentraler Bestandteil der Politik der Zukunftssicherung und Armutsvorbeugung“... „deswegen werden wir hier weiter investieren“. Von den Interessen der Jugend ist in ihrer Regierungserklärung vom 12. September nicht die Rede. Dafür von Prävention.
Was das ist? Vorbeugung. Sie will „kommunale Präventionsketten weiter ausbauen und gesundheitliche, soziale und schulische Angebote, Sport, Kultur und Freizeit besser miteinander verzahnen.“ Mittels eines beispielgebenden Jugendlichen, Max genannt, versucht sie zu zeigen, wie sehr es sich lohnt, früh zu intervenieren, „in erster Linie für die Betroffenen, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt. Rechnet man alles zusammen, Kinder- und Jugendhilfe, Strafvollzug, gesundheitliche Rehabilitation, Transferleistungen usw., dann können über die Gesamtzeit eines solch schwierigen Lebenslaufs Reparaturkosten von vielen hunderttausend Euro entstehen.“
Was ist dagegen einzuwenden? Wir sollen zufrieden sein, wenn die Schule die Kinder von der Straße holt. Was dort mit ihnen geschieht, erscheint belanglos. Hauptsache, sie sind von der Straße. Dagegen haben wir, die Kommunisten, ein ganz anderes Verständnis von Bildung. Es reicht nicht, die Kinder mit eng begrenzten Kenntnissen für eine spezialisierte Tätigkeit auszustatten. Wir wollen, daß die Jugend umfassend gebildet wird, damit sie die Welt verstehen, verändern und genießen kann. Ziel ist eine demokratische Allgemeinbildung, die die Menschen befähigt, das Versprechen die Demokratie (= „Herrschaft des Volkes“) zu erfüllen und diese Herrschaft auszuüben.

Pulverfass Syrien

Seit dem Ausbrechen der ersten Unruhen im März letzten Jahres eskaliert die Gewalt in Syrien. Aus anfänglich friedlichen Protesten für demokratische Reformen ist ein blutiger bürgerkriegsähnlicher Konflikt geworden. Der Kampf zwischen bewaffneten Gruppen der Opposition und syrischen Streitkräften hat mittlerweile rund 20.000 Menschen das Leben gekostet. Mehr als 1 Millionen Menschen sind vor der Gewalt geflüchtet.

Einen großen Anteil an der Eskalation der Gewalt hat „der Westen".

Die USA, die Europäische Union und im Gefolge Saudi-Arabien, Die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und die Türkei betreiben von Anfang an eine Politik der Destabilisierung Syriens mit dem Ziel, die derzeitige Regierung zu stürzen. Angeblich, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Der syrische Staatschef Baschar al-Assad wird als blutrünstiger Diktator erklärt, der einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führe. Jegliche Verhandlungslösung wird von vorneherein ausgeschlossen. Stattdessen werden die bewaffneten Teile der Opposition, die in der sogenannten „Freien Syrischen Armee" zusammengeschlossen sind, unterstützt und mit Waffen versorgt. Islamistische Terrorbanden werden nach Syrien eingeschleust und religiöse Konflikte geschürt.
Progressive, säkulare Teile der Opposition, die sich für einen friedlichen, demokratischen Wandel einsetzen, wurden geschwächt. Der im westlichen Ausland operierende und von den Muslimbrüdern dominierte „Syrische Nationalrat", der jede friedliche Lösung kategorisch ablehnt und den militärischen Einsatz der Nato fordert, wird dagegen zum Sprachrohr der syrischen Opposition erklärt. Empfohlen hat sich dieser beim Westen durch seine Erklärung, die unter Assad begonnene neoliberale Umstrukturierung des Landes nach dessen Sturz radikaler weiterzuführen, bestehende ökonomische Beschränkungen aufzuheben und ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Die Interessen des syrischen Volkes vertritt diese vom Westen gepuschte Opposition nicht, das in der Mehrheit gegen eine ausländische Einmischung ist. Es geht den sich in den innersyrischen Konflikt einmischenden Staaten nicht um Menschenrechte, Demokratie oder den Schutz der Bevölkerung, sondern um handfeste ökonomische und geostrategische Interessen. Die Destabilisierung Syriens und die Anheizung des Bürgerkriegs wird betrieben, um nach dem angestrebten Sturz von Assad Einfluss auf die Neugestaltung Syriens ausüben zu können.

Syrien ist zum Spielball imperialer Interessen geworden.

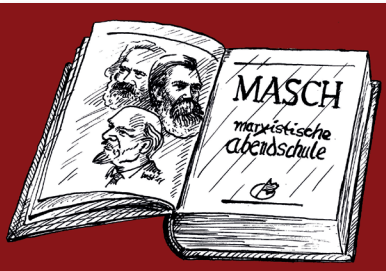
Auch Deutschland will mitmischen und hat dies mit der Stationierung von Patriot-Raketen in der Türkei an der syrischen Grenze signalisiert. Es locken lukrative Geschäfte beim Wiederaufbau des Landes. Noch weigern sich China und Russland, einer Resolution gegen Syrien im Sicherheitsrat zuzustimmen. Beide setzen auf eine friedliche Lösung. Im Fall Libyen hat eine solche Resolution zur Einrichtung einer Flugverbotszone, angeblich zum Schutz der Bevölkerung, der auch China und Russland zugestimmt hatten, den Bombenterror der Nato eingeleitet, dem schätzungsweise 50.000 Menschen zum Opfer fielen. Bei einer weiteren Verschärfung des Konflikts oder gar einer militärischen Intervention in Syrien droht ein Flächenbrand, der den ganzen Nahen und Mittleren Osten mithineinziehen würde. Die Einmischung von außen und die Eskalation der Gewalt müssen beendet werden. Eine Lösung der Konflikte in Syrien ist nur auf dem Weg einer friedlichen Auseinandersetzung der verschiedenen politischen Kräfte möglich.
Hände weg von Syrien!

Liebnecht - Luxemburg - Lenin
nichts und niemand ist vergessen!

In der 1915 erschienenen Junius-Broschüre schrieb Rosa Luxemburg: »Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur - sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte.«
Bereits 24 Jahre später bewahrheiten sich Luxemburgs Prophezeiungen. Am 1. September 1939 begann mit dem deutschfaschistischen Überfall auf Polen der II. Weltkrieg und der bis dahin barbarischste Völkermord aller Zeiten. Heute gilt es zu verhindern, dass ein noch grausamerer, die menschliche Zivilisation auslöschender Weltenbrand entsteht. Wir demonstrieren am 13. Januar 2013 gegen imperialistische Kriege und alle aggressiven Bestrebungen der EU und der NATO - darunter besonders die USA und deren willige Helfer. Wir demonstrieren gegen deutsche Rüstungsexporte, Auslandseinsätze der Bundeswehr und deutsche Kriegsbeteiligungen. Wir entlarven die sogenannte Responsibility to Protect als die gemeingefährliche militärische Variante neokolonialistischer Machenschaften und lehnen jegliche militärische Aktionen gegen Syrien und den Iran ab. Wir demonstrieren ebenso gegen wachsende Arbeitslosigkeit und Armut, gegen die unerträgliche Ausweitung des Niedriglohnsektors und besonders gegen die moderne Sklaverei der Leiharbeit. Wir demonstrieren gegen einen unerträglichen Zustand, in dem Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, was seinen extremsten Ausdruck in den milliardenschweren Rettungspaketen für Banken findet. Wir demonstrieren gegen grassierenden Sozialabbau und die damit einhergehende Entwürdigung von Millionen Menschen, bei weitem nicht nur in diesem Land. Wir sind solidarisch mit den Erniedrigten und Beleidigten, besonders bedrängt in Griechenland und Spanien - nicht zuletzt durch die Politik der BRD. [...]Dem Antifaschismus, der internationalen Solidarität und dem Humanismus gehört unsere ganze Kraft.
So gedenken wir Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Ihre Ziele sind die unseren geblieben. Ihren Idealen, für die sie am 15. Januar 1919 von der Reaktion ermordet wurden, fühlen wir uns unverändert verpflichtet.

Abfahrt der Nachtbus(se):
Freitagnacht, 11. Januar 23.55 Uhr,
ab Karl-Liebknecht-Schule,
Leverkusen, Am Stadtpark 68
Tagbus: je nach Anmeldung

Bitte möglichst früh melden bei:
Anne Frohnweiler, anne.frohnweiler@web.de



Marxistische Abendschule

Fortsetzung der Lektüre von „Manifest der kommunistischen Partei" von Marx/Engels
16.Januar - 19:30 Uhr - Freidenkerzentrum, Bayenstraße 11, 50670 Köln

Wer wir sind

„Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht in der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Adenauer zwölf Jahre zuvor verbieten ließ. Sie ist hervorgegangen aus dem mehr als 150-jährigen Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Militarismus und Krieg."
(Programm der DKP, Seite 40)

Die DKP hat heute in Ost und West etwa 4000 Mitglieder, in den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem Jüngerer zu.

Ziel der DKP ist letztlich eine sozialistische Welt ohne Krieg und Ausbeutung. Wer sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine friedliche Welt einsetzen will, findet in der DKP seine Mitstreiter.
In Köln ist die DKP in fünf Parteigruppen organisiert und in allen Stadtbezirken präsent.

Unsere Mitglieder wirken in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, antifaschistischen Initiativen und sozialen Bewegungen mit. In Köln hat die kommunistische Bewegung eine lange Tradition. Auch in der Innenstadt/Südstadt wollen wir wieder stärker werden.

Die DKP arbeitet besonders eng mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zusammen, die auch in Köln mit einer eigenen Stadtgruppe aktiv ist.

Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt!

Die Wochenzeitung UZ – unsere zeit – ist unverzichtbar, denn sie schreibt dort weiter, wo andere Medien längst schweigen. Themenschwerpunkte: Demokratische Bewegungen, Wirtschaft & Soziales, Frauenrechte, Innen- und Kommunalpolitik, Internationale Entwicklungen, Jugend, Antifaschismus, Marxistische Theorie, Feuilleton.

Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Name

Vorname

Straße / Haus-Nr.

PLZ / Ort

Telefon

eMail-Adresse

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.

Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • vertrieb@unsere-zeit.de

Unser nächster Gruppenabend:

Dienstag, 15. Januar 2013, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11

Schau doch mal vorbei!

Impressum

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP
Köln-Innenstadt
Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Roßels, Bayenstraße 11, 50670 Köln